

BESTATTUNGS- UND FRIEDHOFSSATZUNG

DER GROßEN KREISSTADT FORCHHEIM
Friedhofsamt

Vom 15.12.2021
Amtsblatt Nr. 26 vom 22.12.2021

Aufgrund von Art. 23 und 24 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung und Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch §2 des Gesetzes vom 16. Februar 2012 (GVBl S. 30) erlässt die Stadt Forchheim die nachfolgende Satzung:

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Geltungsbereich und Vollzug	2
§ 2 Öffentliche Einrichtungen und Recht auf Benutzung	2
§ 3 Schließung und Endwidmung von Friedhöfen	2
§ 4 Öffnungszeiten	4
§ 5 Verhalten auf Friedhöfen	4
§ 6 Gewerbliche Tätigkeiten auf den Friedhöfen	4
§ 7 Anmeldung von Bestattungen	5
§ 8 Säрге	6
§ 9 Ausheben der Gräber	6
§ 10 Ruhezeit	6
§ 11 Ausgrabungen	7
§ 12 Grabstätten allgemein	7
§ 13 Wahlgrabstätten	8
§ 14 Reihengrabstätten	8
§ 15 Islamische Grabstätten	8
§ 16 Urnengrabstätten	8
§ 17 Inhalt des Nutzungsrechts	9
§ 18 Erwerb, Erneuerung, Verlängerung und Verzicht von Nutzungsrechten	9
§ 19 Übertragung des Nutzungsrechts	10
§ 20 Vorzeitige Beendigung des Nutzungsrechts	10
§ 21 Allgemeine Gestaltungsgrundsätze	10
§ 22 Genehmigung von Grabstätten	11
§ 23 Anlieferung	11
§ 24 Fundamentieren und Befestigen von Grabmalen	12
§ 25 Pflege der Grabstätten	12
§ 26 Bepflanzung	13
§ 27 Unterhalten der Grabstätten	13
§ 28 Vernachlässigung von Grabstätten	14
§ 29 Entfernen der Grabstätten	15
§ 30 Haftung	15
§ 31 Gebühren	15
§ 32 Ordnungswidrigkeiten	16
§ 33 Anordnung für den Einzelfall	16
§ 34 Inkrafttreten	16

§ 1

Geltungsbereich und Vollzug

- (1) Diese Bestattungs- und Friedhofssatzung (BFS) gilt für die Benutzung der Friedhöfe sowie Bestattungseinrichtungen der Stadt Forchheim. Sonstige Vorschriften bleiben unberührt, insbesondere die Leichenverordnung der Stadt Forchheim, das Bayerische Bestattungsgesetz mit zwei Bestattungsverordnungen und das Infektionsschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Der Vollzug der Bestimmungen obliegt der Friedhofsverwaltung der Stadt Forchheim, soweit nicht eine andere Zuständigkeit vorgesehen ist.

§ 2

Öffentliche Einrichtungen und Recht auf Benutzung

- (1) Die Stadt Forchheim unterhält als öffentliche Einrichtung den Friedhof an der Birkenfelderstraße, an der Heimgartenstraße sowie in Buckenhofen, Burk, Kersbach und Reuth mit den dazugehörigen Aussegnungs- und Leichenhallen.
- (2) Die Friedhöfe dienen der Bestattung der in Artikel 8 Abs. 3 des Bestattungsgesetzes genannten Personen, die mit Hauptwohnsitz in Forchheim gemeldet waren, sowie von Verstorbenen, zu deren Gunsten ein Benutzungsrecht an einer belegungsfähigen Grabstätte besteht.

§ 3

Schließung und Entwidmung von Friedhöfen

- (1) Jeder Friedhof oder Friedhofsteil kann aus einem wichtigen öffentlichen Grund ganz oder teilweise geschlossen oder entwidmet werden. Dasselbe gilt für einzelne Grabstätten. Für die Schließung und Entwidmung der Friedhöfe gilt das Bestattungsgesetz.
- (2) Durch die Schließung wird nur die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen, durch die Entwidmung geht außerdem die Eigenschaft als Ruhestätte der Toten verloren.

§ 4

Öffnungszeiten

- (1) Die städtischen Friedhöfe sind während der an den Eingängen bekannt gegebenen Zeiten geöffnet.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann aus zwingenden Gründen Friedhöfe ganz oder zum Teil für den Besuch und für die Ausübung gewerblicher Arbeiten sperren.

§ 5

Verhalten auf Friedhöfen

- (1) Jeder hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Es darf keine andere Person gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt werden. Die Anordnungen des Friedhofpersonals sind zu befolgen.
- (2) Kinder unter sieben Jahren dürfen die Friedhöfe nur in Begleitung einer Aufsichtsperson betreten.
- (3) Auf den Friedhöfen ist nicht gestattet:
 1. die Wege mit Fahrzeugen aller Art, insbesondere mit Fahrrädern zu befahren; ausgenommen sind Kinderwagen und Rollstühle sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden.
 2. Waren und gewerbliche Dienste anzubieten.
 3. an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung gewerbliche oder ruhestörende Arbeiten auszuführen.
 4. gewerbemäßig zu fotografieren oder zu filmen.
 5. Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen von Bestattungsfeiern notwendig und üblich sind.
 6. abgetragene Erde und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern.
 7. Friedhofseinrichtungen und -anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen sowie Grabstätten unberechtigt zu betreten.
 8. Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde.
 9. Sitzgelegenheiten an den Grabstätten anzubringen.
- (4) Totengedenkfeiern bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung; sie sind zwei Wochen vorher anzumelden.

§ 6

Gewerbliche Tätigkeiten auf den Friedhöfen

- (1) Steinmetze, Bildhauer, Gärtner und Bestatter bedürfen für die dem jeweiligen Berufsbild entsprechende gewerbliche Tätigkeit auf den Friedhöfen der vorherigen Zulassung durch die Friedhofsverwaltung. Sonstigen gewerbetreibenden Personen kann für die Ausübung anderer als der in Satz 1 genannten Tätigkeiten ebenfalls eine Zulassung durch die Friedhofsverwaltung erteilt werden, wenn dies mit dem Friedhofszweck vereinbar ist.
- (2) Eine Zulassung können nur solche Gewerbetreibende erhalten, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind und für die Ausübung der Tätigkeit eine Haftpflichtversicherung nachweisen. Antragsteller, die ein Handwerk im Sinne der Handwerksordnung ausüben, haben ihre Eintragung in die Handwerksrolle sowie – soweit diese für die Ausübung des betreffenden Handwerks notwendig ist – die Meisterprüfung nachzuweisen. Friedhofsgärtner sollten eine abgeschlossene Ausbildung im Ausbildungsberuf des Friedhofsgärtners oder ersatzweise die Ausbildung in einer anderen gärtnerischen Berufssparte besitzen.
- (3) Über die Zulassung entscheidet die Friedhofsverwaltung innerhalb einer Frist von drei Monaten ab Antragstellung. Hat die Friedhofsverwaltung nicht innerhalb dieser Frist entschieden, so gilt die Zulassung als erteilt. Art. 42 a Abs. 2 Sätze 2 bis 4 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes gelten entsprechend. Das Zulassungsverfahren kann auch über eine einheitliche Stelle im Sinne des Art. 71a des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes abgewickelt werden.
- (4) Die Zulassung wird grundsätzlich für ein Jahr erteilt. Sie wird von der Friedhofsverwaltung jeweils um ein weiteres Jahr verlängert, wenn sie nicht spätestens einen Monat vor Ablauf widerrufen wird.
- (5) Die Friedhofsverwaltung kann die Zulassung auf Dauer oder für bestimmte Zeit durch schriftlichen Bescheid entziehen, wenn der betroffene Gewerbetreibende erheblich oder wiederholt gegen die Vorschriften der Bestattungs- und Friedhofssatzung verstoßen hat oder bei ihm die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind.
- (6) Die Gewerbetreibenden und ihre Beschäftigten haben die Bestattungs- und Friedhofssatzung sowie die darauf gestützten Anordnungen zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Beschäftigten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf den Friedhöfen schuldhaft verursachen.

- (7) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern. Auf Rasenflächen, in gärtnerischen Anlagen sowie auf Grabstätten ist das Lagern verboten. Insbesondere abgebaute Grabdenkmale oder Teile davon dürfen nicht auf den Friedhöfen zurückgelassen werden. Nach Abschluss oder bei einer längeren Unterbrechung gewerblicher Arbeiten sind die Arbeitsflächen wieder in den ursprünglichen Zustand zu versetzen.
- (8) Die Friedhofswege dürfen von den Gewerbetreibenden und ihren Beschäftigten nur mit den im Berechtigungsschein genannten Fahrzeugen befahren werden. Schrittgeschwindigkeit ist einzuhalten. Bei anhaltendem Tau- oder Regenwetter kann die Friedhofsverwaltung das Befahren der Friedhofswege untersagen.

§ 7

Anmeldung von Bestattungen

- (1) Bestattungen sind unverzüglich durch die Bestattungspflichtigen oder durch beauftragte Bestattungsinstitute bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Die Anmeldung mit den erforderlichen Unterlagen ist spätestens einen Tag vor der Bestattung oder Aussegnung der Friedhofsverwaltung vorzulegen.
- (2) Bestattungspflichtige können folgende Angehörige sein:
 1. Der Ehegatte, oder eingetragene Lebenspartner und zwar auch dann, wenn Kinder aus einer früheren Ehe vorhanden sind,
 2. die Kinder und Enkelkinder,
 3. die Eltern und Großeltern,
 4. die Geschwister,
 5. die Kinder der Geschwister der verstorbenen Person und
 6. alle nicht unter 1. - 5. fallenden Erben.
- (3) Soll eine Bestattung in einer vorhandenen noch belegungsfähigen Grabstätte stattfinden, ist gleichzeitig der Grabbrief vorzulegen.
- (4) Die Bestattungszeiten werden ausschließlich von der Friedhofsverwaltung festgesetzt.

§ 8

Särge

- (1) Für Erdbestattungen und Einäscherungen sind Särge aus Vollholz (VDI-Richtlinie 3891) zu verwenden. Die Särge müssen fest gefügt und so abgedichtet sein, dass das Durchsickern von Flüssigkeit ausgeschlossen ist. Sargausstattungen und Sargabdichtungen dürfen nicht aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Stoffen hergestellt sein.
- (2) Die Särge dürfen höchstens 2,00 Meter lang, 0,70 Meter hoch und 0,75 Meter breit (Außenmaße) sein. Sind größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.

§ 9

Ausheben der Gräber

- (1) Die Gräber werden von Mitarbeitern der Friedhofsverwaltung ausgehoben und wieder verfüllt.
- (2) Ist für eine Bestattung ein Grab zu öffnen, ist der Nutzungsberechtigte verpflichtet, die Bepflanzung und sonstige wertvolle Gegenstände rechtzeitig zu entfernen. Bei Erdbestattungen sind auch das Grabmal, die Einfassung und das Fundament rechtzeitig durch einen Steinmetzbetrieb zu entfernen.
- (3) Bei Urnenbeisetzungen können Grabmale (siehe hierzu § 4 Abs. 1 der Anlage 1 zu § 21 der Bestattungs- und Friedhofssatzung, Allgemeine Gestaltungsvorschriften für Grabstätten) mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung auf der Grabstätte verbleiben, außer bei Urnengrabstätten mit einer Totalabdeckung.
- (4) Falls Grabstätten, Pflanzen oder ähnliches nicht rechtzeitig entfernt wurden, kann die Friedhofsverwaltung das Erforderliche auf Kosten des Nutzungsberechtigten veranlassen.

§ 10

Ruhezeit

- (1) Die Mindestruhezeit beträgt auf **allen** städtischen Friedhöfen
 - a) für Leichen 25 Jahre,
 - b) für Aschenreste 12 Jahre,
 - c) für Kinder bis zum vollendeten siebten Lebensjahr 20 Jahre und
 - d) für Totgeburten 10 Jahre.
- (2) Die Ruhefristen nach Abs. 1 gelten nur für Bestattungen, die nach Inkrafttreten dieser Satzung vorgenommen werden.

§ 11

Ausgrabungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Ausgrabungen von Leichen, Gebeinen und Aschenresten dürfen unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften nur mit Genehmigung der Friedhofsverwaltung vorgenommen werden.
- (3) Ausgrabungen werden möglichst nur in den Monaten Oktober bis März und nur außerhalb der Friedhofsöffnungszeiten durchgeführt. Die Teilnahme an einer Ausgrabung ist nur den zuständigen Mitarbeitern der Friedhofsverwaltung und evtl. damit befassten Behörden gestattet.
- (4) Ausgrabungen zum Zweck der Umbettung sind bei anonymen Urnengrabstätten ausgeschlossen.

§ 12

Grabstätten allgemein

- (1) Die Grabstätten bleiben im Eigentum der Stadt Forchheim. An ihnen können nur Nutzungsrechte nach Maßgabe dieser Satzung erworben werden.
- (2) Grabstätten im Sinne dieser Satzung sind:
 1. Reihengräber,
 2. Wahlgräber,
 3. Waldgräber,
 4. islamische Grabstätten,
 5. Urnengrabstätten,
 6. anonyme Urnengrabstätten,
 7. Urnengrabanlagen,
 8. Waldurnengräber,
 9. Urnengrab am Baum,
 10. Urnenstelen,
 11. Gruften
- (3) Die Größe der Grabstätten sowie die Zahl der Grabplätze sind in den Belegungsplänen festgelegt, die bei der Friedhofsverwaltung eingesehen werden können.

§ 13

Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen. In ihnen können je nach Größe und unter Berücksichtigung der Ruhezeiten und der Bodenverhältnisse mindestens zwei und maximal vier Erdbestattungen durchgeführt werden, sofern dadurch die maximale Belegbarkeit nicht überschritten wird. Urnen können in Wahlgräbern beigesetzt werden; pro Grabplatz zusätzlich eine Urne.
- (2) Bei alten Wahlgrabstätten mit anderen Maßen sind im Einzelfall Sonderregelungen möglich.
- (3) Wahlgrabstätten werden von der Friedhofsverwaltung möglichst in Abstimmung mit dem Erwerber des Nutzungsrechts vergeben. In neuen Grabfeldern erfolgt die Vergabe grundsätzlich der Reihe nach.

§ 14

Reihengrabstätten

Reihengrabstätten sind Grabstätten für eine Erd- oder Urnenbestattung, die zugewiesen werden.

§ 15

Islamische Grabstätten

Islamische Grabstätten sind Grabstätten, die den besonderen Anforderungen der islamischen Religion entspricht.

§ 16

Urnengrabstätten

- (1) Urnengrabstätten sind mehrstellige Grabstätten für die Beisetzung von Urnen. Je nach Größe enthalten Urnengrabstätten bis zu vier Urnenplätze. Sie werden 0,80 Meter tief belegt. Es dürfen nur biologisch abbaubare Urnen verwendet werden. Ihre Umbettung ist grundsätzlich nicht möglich. Soll die Aschekapsel über der Erde beigesetzt werden, so muss sie dauerhaft und wasserdicht sein.
- (2) Urnenstelen sind zweistellige, sowie im Kolumbarium einstellige Plätze für Urnen. Die Verschlussplatten der Urnenstelen sind Eigentum der Stadt Forchheim. Die Beschriftung kann individuell durch den Nutzungsberechtigten gestaltet werden.
- (3) Anonyme Urnengrabstätten sind hierfür ausgewiesene Flächen im Friedhof Heimgartenstraße, in der die Beisetzung auf Wunsch der verstorbenen Person oder auf Wunsch der Angehörigen anonym erfolgt. Anonyme Urnengrabstätten befinden sich nur auf dem Friedhof Heimgartenstraße. Die anonyme Beisetzung wird ausnahmslos ohne Anwesenheit von Angehörigen durchgeführt.

- (4) Urnengräber am Baum sind hierfür ausgewiesene Flächen unter nummerierten Bäumen. Sie bieten jeweils Platz für eine Urne.
- (5) Urnengrabanlagen sind Plätze für Urnen in besonders gestalteten und von der Stadt Forchheim gepflegten Bereichen für jeweils eine Urne.

§ 17

Inhalt des Nutzungsrechts

- (1) Ein Nutzungsrecht kann nur eine einzelne natürliche Person erwerben.
- (2) Das Nutzungsrecht wird bei Neuvergabe einer Grabstätte immer auf die Dauer der Mindestruhezeit mit der Möglichkeit der Verlängerung verliehen. Unbeschadet dessen beträgt die Dauer des Nutzungsrechts an einer Gruft 60 Jahre.
- (3) Der Nutzungsberechtigte hat das Recht, sich selbst und Angehörige in der Familien- bzw. Urnengrabstätte beerdigen zu lassen. Als Angehörige gelten die in § 7 Abs. 2 Ziffern 1 - 5 bezeichneten Personen. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen bewilligen.

§ 18

Erwerb, Erneuerung, Verlängerung und Verzicht von Nutzungsrechten

- (1) Bei Erwerb eines Nutzungsrechts wird ein Grabbrief ausgestellt. Der bloße Besitz eines Grabbriefes führt zu keinerlei Rechten am Grab. Maßgebend für das Nutzungsrecht sind die Unterlagen der Friedhofsverwaltung.
- (2) Das Nutzungsrecht kann frühestens drei Monate vor Ablauf erneuert werden. Eine Erneuerung ist für die Dauer von mindestens 5 Jahren, für Gruften von mindestens 20 Jahren möglich. Ein Rechtsanspruch auf Erneuerung des Nutzungsrechts besteht nicht. Dem Wunsch auf Erneuerung wird nach Möglichkeit entsprochen. Die Erneuerung kann von Auflagen abhängig gemacht werden.
- (3) Das Nutzungsrecht ist zu verlängern, wenn im Falle der Belegung der Grabstätte die restliche Dauer des Nutzungsrechts kürzer ist als die Mindestruhezeit für die verstorbene Person. Das Nutzungsrecht wird nur um volle Jahre verlängert.
- (4) An Reihengrabstätten und anonymen Urnengrabstätten sind Erneuerungen oder Verlängerungen der Nutzungsrechte nicht möglich.
- (5) Ein Nutzungsrechtsverzicht vor Ablauf der Mindestruhezeit ist grundsätzlich nicht möglich.

§ 19

Übertragung des Nutzungsrechts

- (1) Die Übertragung des Nutzungsrechts an einer Grabstätte bedarf der Genehmigung durch die Friedhofsverwaltung.
- (2) Die Übertragung wird genehmigt, wenn sie im Todesfall des Nutzungsberechtigten auf einen in § 7 Abs. 2 genannten Angehörigen erfolgen soll oder der Nutzungsberechtigte sie aus Anlass eines Sterbefalls auf einen solchen Angehörigen beantragt.
- (3) Sonstige Übertragungen des Nutzungsrechts können von der Friedhofsverwaltung genehmigt werden, wenn dies aus besonderen Gründen in der Person des Nutzungsberechtigten oder seiner in § 7 Absatz 2 genannten Angehörigen gerechtfertigt erscheint. Dieser Genehmigungsvorbehalt gilt auch für Übertragungen des Nutzungsrechts durch eine letztwillige Verfügung des Nutzungsberechtigten.

§ 20

Vorzeitige Beendigung des Nutzungsrechts

- (1) Der Nutzungsberechtigte kann nach Ablauf der Mindestruhezeit auf ein darüber hinaus verliehenes Nutzungsrecht nur mit Einwilligung der Friedhofsverwaltung vorzeitig verzichten.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann die vorzeitige Beendigung eines Nutzungsrechts anordnen, wenn die Grabstätte zwingend im öffentlichen Interesse benötigt wird. In diesem Fall wird dem Inhaber des Nutzungsrechts auf Wunsch an einer anderen Stelle desselben Friedhofes für die restliche Dauer des vorzeitig beendigten Nutzungsrechts ein gleichwertiges Nutzungsrecht verliehen.

§ 21

Allgemeine Gestaltungsgrundsätze

- (1) Jede Grabstätte ist so anzulegen und so an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofs gewahrt bleibt und sein Erscheinungsbild als Grünanlage erhalten und weiter ausgestaltet wird. Ausnahme hierzu sind bestehende Urnengrabanlagen auf den städtischen Friedhöfen.
- (2) Die allgemeinen Gestaltungsrichtlinien für Grabstätten in der Anlage 1 zu dieser Satzung sind Bestandteil dieser Satzung.

§ 22

Genehmigung von Grabstätten

- (1) Das Errichten und Ändern von Grabstätten bedarf der schriftlichen Genehmigung der Friedhofsverwaltung. Sie ist **vor** der Anfertigung oder der Veränderung der Grabstätten einzuholen.
- (2) Die Schriftplatten auf Reihengrabstätten sind genehmigungspflichtig, jedoch von der Genehmigungsgebühr befreit.
- (3) Die nicht genehmigungspflichtigen provisorischen Grabmale sind nur als naturalisierte Holztafeln oder -kreuze zulässig. Sie dürfen nicht länger als zwei Jahre nach der Beisetzung verwendet werden.
- (4) Dem Antrag auf Genehmigung sind in einfacher Ausfertigung beizufügen: Der Grabmalentwurf mit Grundriss und Seitenansicht im Maßstab 1 : 10 unter Angabe des Materials, seine Bearbeitung, der Anordnung der Schrift, der Ornamente und der Symbole sowie der Fundamentierung. Ausführungszeichnungen im Maßstab 1 : 1 sind beizufügen, soweit es zum Verständnis erforderlich ist.
- (5) Wird die erteilte Genehmigung zur Aufstellung oder Änderung eines Grabmals innerhalb eines Jahres nicht in Anspruch genommen, so erlischt sie.

§ 23

Anlieferung

- (1) Die Anlieferung von Grabmalen, Einfriedungen usw. muss der Friedhofsverwaltung vorher angezeigt werden. Auf Verlangen ist der Friedhofsverwaltung Gelegenheit zu geben, Grabmal und Einfriedung zu überprüfen.
- (2) Es dürfen nur Grabmale aufgestellt werden, die nachweislich in der gesamten Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des Übereinkommens über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Konvention 182), in Kraft getreten am 19. November 2000, hergestellt wurden.

§ 24

Fundamentieren und Befestigen der Grabmale

- (1) Die Grabmale sind ihrer Größe entsprechend nach den jeweils aktuell gültigen „Richtlinien für das Fundamentieren und Versetzen von Grabmalen“ des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können.
Bereits bestehende Altanlagen sind bei Wiederversetzung den aktuell gültigen „Richtlinien für das Fundamentieren und Versetzen von Grabmalen“ anzupassen.
- (2) Die Friedhofsverwaltung ist verpflichtet, die Standsicherheitsüberprüfung von Grabstätten gemäß der „Richtlinie für die Erstellung und Prüfung von Grabmalanlagen“ des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks einmal jährlich durchzuführen.

§ 25

Pflege der Grabstätten

- (1) Jede Grabstätte muss spätestens 12 Monate nach einer Bestattung eingeebnet und gärtnerisch in einer würdigen Weise angelegt und unterhalten werden. Die Gestaltung der Grabstätte ist dem Gesamtcharakter des Friedhofes, der Gräberfelder und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Verwelkte Blumen, Pflanzen und Kränze sind von den Grabstätten zu entfernen; alle Abfälle sind in kompostierbare und nicht kompostierbare Materialien zu trennen und an den für diese Materialien vorgesehenen Plätzen bzw. Behältern abzulagern. Eine anderweitige Ablagerung ist verboten.
- (2) Bei der Pflege von Grabstätten und Grabmalen dürfen umwelt-, pflanzen- oder steinschädigende Mittel nicht verwendet werden.
- (3) Im Interesse einer würdevollen und harmonischen Gestaltung der Grabfelder ist insbesondere nicht erlaubt:
 - Das Abdecken von Gräbern mit Folie oder Netzen.
 - Die Verwendung von Kunststoffen und sonstigen nicht verrottbaren Stoffen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken und Grabschmuck.
 - Die Verwendung von Grabeinfassungen aus Kunststoff, Holz, Kieselsteinen oder ähnlichem Material.
 - Das Aufstellen von unpassenden Gefäßen, z.B. Konservendosen, Einmachgläsern, Flaschen auf den Gräbern oder Grabmälern.

- (4) Geräte zur Gartenpflege und leere Gefäße jeder Art dürfen an Gräbern nur dann aufbewahrt werden, wenn diese vom Weg aus nicht sichtbar sind. In den Hinterpflanzungen abgestellte Geräte oder Gefäße werden vom Friedhofsamt entfernt, wenn diese die gärtnerische Bearbeitung der Hinterpflanzungen behindern. Diese Gegenstände werden 3 Monate im Betriebshof des Friedhofsamtes gelagert und können in dieser Zeit dort abgeholt werden. Nach dieser Frist werden sie entsorgt.
- (5) Urnengrabanlagen sowie Urnenstelen-Anlagen werden, seitens der Stadt Forchheim, angelegt und anschließend pflegerisch unterhalten. Das Anbringen von eigenem Grabschmuck oder ähnlichem ist in diesen Anlagen nicht möglich.

§ 26

Bepflanzung

- (1) Anpflanzungen dürfen über die zulässigen Grabmaße und bei stehenden Grabmalen über die Höhe des Grabmales (max. 1,20 m) nicht hinauswachsen. Gräber mit liegenden Grabmalen dürfen nur mit niedrigen Gehölzen oder Stauden bepflanzt werden. Die Friedhofsverwaltung kann verlangen, dass großwüchsige Bepflanzungen vom Nutzungsberechtigten geschnitten oder beseitigt werden. Sie kann im Wege der Ersatzvornahme auf Kosten des Nutzungsberechtigten einen ordnungsgemäßen Zustand herstellen lassen.
- (2) Benachbarte Gräber, öffentliche Anlagen und Wege dürfen durch die Bepflanzung nicht beeinträchtigt werden.
- (3) Anpflanzungen außerhalb der Grabstätten sind nicht erlaubt, ebenso das Abstellen von Pflanzschalen auf Begrenzungsplatten oder auf den Zwischenwegen um die Grabstätten.

§ 27

Unterhalten der Grabstätten

- (1) Die Grabstätten sind in verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich ist der Inhaber des Nutzungsrechts.

- (2) Erscheint die Standsicherheit von Grabstätten oder Teilen davon gefährdet, so ist der Inhaber des Nutzungsrechts verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzug kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Inhabers des Nutzungsrechts Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegen von Grabmalen, Absperrungen) treffen. Wird der sicherheitsgefährdende Zustand trotz schriftlicher Aufforderung nicht innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, dies auf Kosten des Inhabers des Nutzungsrechts zu tun oder die Grabstätte oder Teile davon zu entfernen. Die Friedhofsverwaltung ist nicht zur Aufbewahrung dieser Gegenstände verpflichtet. Ist der Inhaber des Nutzungsrechts nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so genügt ein 12-wöchiger Hinweis auf der Grabstätte. Bei Pflichtverstößen haftet der Inhaber des Nutzungsrechts für Schäden.

§ 28

Vernachlässigung von Grabstätten

- (1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß angelegt oder gepflegt, so hat der Inhaber des Nutzungsrechts auf schriftliche Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Inhaber des Nutzungsrechts nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, erfolgt ein Hinweis am Grab.
- (2) Bleibt die Aufforderung drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte einebnen und einsäen. Nach Ablauf der Ruhefrist kann die Friedhofsverwaltung das Grabnutzungsrecht ohne Anspruch auf Erstattung der für die restliche Nutzungsdauer bezahlten Grabgebühr aufheben.
- (3) Dem Entzug des Grabnutzungsrechts muss eine nochmalige schriftliche Aufforderung, die Grabstätte in Ordnung zu bringen, mit Androhung der Maßnahmen bei Zuwiderhandlung vorausgehen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung kann über Grabmale, die im Wege der Ersatzvornahme entfernt wurden, nach Ablauf einer Frist von 3 Monaten frei verfügen. Entschädigungsansprüche sind ausgeschlossen.

§ 29

Entfernen der Grabstätten

- (1) Nach Beendigung des Nutzungsrechts sind bei Verzicht auf Fortführung die Grabstätten inklusive Fundament und Bepflanzung innerhalb von 3 Monaten durch einen vom Eigentümer oder seinen Erben beauftragten Steinmetzbetrieb zu entfernen. Nach Ablauf dieser Frist werden die Grabstätten ohne weitere Aufforderung im Wege der Ersatzvornahme durch die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Nutzungsberechtigten entfernt.

- (2) Soweit Eigentümer oder Erben nicht bekannt oder nicht zu ermitteln sind und ein Hinweis auf der Grabstätte nach Ablauf von 3 Monaten nicht zum Erfolg geführt hat, kann die ersatzlose Beseitigung von Amts wegen vorgenommen werden. Eine Verpflichtung zur Aufbewahrung besteht nicht.

§ 30

Haftung

Die Stadt haftet nicht für Schäden, die durch eine dieser Satzung widersprechende Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen und ihrer Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere, entstehen. Ihr obliegt keine besondere Obhuts- und Überwachungspflicht. Im Übrigen haftet die Stadt nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.

§ 31

Anordnung für den Einzelfall

Die Stadt kann in Erfüllung und zur Durchsetzung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen im Einzelfall treffen.

§ 32

Gebühren

Für die Benutzung der städtischen Friedhöfe und ihrer Einrichtungen sind Gebühren nach der Gebührensatzung zu dieser Bestattungs- und Friedhofssatzung zu entrichten.

§ 33

Ordnungswidrigkeiten

Nach Artikel 24 Abs. 2 der Bayerischen Gemeindeordnung kann mit Geldbuße belegt werden, wer

1. die bekannt gegebenen Öffnungszeiten missachtet, sowie einen vorübergehend gesperrten Friedhof oder Friedhofsteil besucht (§ 4),
2. den Bestimmungen über das Verhalten auf den Friedhöfen zuwiderhandelt (§ 5),
3. die Bestimmungen über gewerbliche Arbeiten nicht beachtet (§ 6),

4. Bestattungen nicht unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Friedhofsverwaltung anmeldet (§ 7),
5. den Bestimmungen über Exhumierungen und Umbettungen zuwiderhandelt (§ 11),
6. die allgemeinen Gestaltungsgrundsätze für Grabstätten nicht beachtet (§ 21),
7. Grabstätten ohne Genehmigung der Friedhofsverwaltung errichtet (§ 22),
8. Grabmale nicht dauerhaft standsicher fundamentiert und befestigt (§ 24 Abs. 1),
9. die Bestimmungen über die Pflege der Grabstätten nicht beachtet (§ 25),
10. gegen die Bestimmungen über das Unterhalten der Grabstätten verstößt (§ 27 sowie § 28 Abs. 1),
11. Grabstätten nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts nicht abräumt (§ 29).

§ 34 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2022 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung über die Bestattungseinrichtungen der Stadt Forchheim vom 14.02.2014 (Amtsblatt Nr. 4 vom 14.02.2014) außer Kraft.

Stadt Forchheim
Forchheim, 15.12.2021

Dr. Uwe Kirschstein
Oberbürgermeister

ANLAGE 1 ZU § 21 DER BESTATTUNGS- UND FRIEDHOFSSATZUNG ALLGEMEINE GESTALTUNGSVORSCHRIFTEN FÜR GRABSTÄTTEN

§ 1	Geltungsbereich	18
§ 2	Allgemeiner Gestaltungsgrundsatz	18
§ 3	Kein Grabmalzwang	18
§ 4	Grabmale	18
§ 5	Stehende Grabmale	19
§ 6	Liegende Grabmale	19
§ 7	Schriftplatten und Grababdeckungen	20
§ 8	Stehende Einfassungen	20
§ 9	Grabbegrenzungsplatten	20
§ 10	Abweichungen	21

§ 1 Geltungsbereich

Diese Vorschriften gelten für alle Friedhöfe der Stadt Forchheim.

§ 2 Allgemeiner Gestaltungsgrundsatz

Die Grabstätten müssen sich in die Art des Friedhofs bzw. die der jeweiligen Gräbergruppe einordnen. Ihre Abmessungen müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zur Grabfläche stehen. Alte, genehmigte Grabstätten genießen Bestandsschutz (siehe § 12 und § 21 der Bestattungs- und Friedhofssatzung der Stadt Forchheim).

§ 3 Kein Grabmalzwang

Es ist freigestellt, eine Grabstätte mit oder ohne Grabmal zu errichten.

§ 4 Grabmale

- (1) Unter Grabmalen versteht man Grabsteine, Kreuze, Platten und sonstige Grabdenkzeichen.
- (2) Es besteht die Wahl zwischen einem stehendem oder einem liegenden Grabmal.
- (3) Nicht zugelassen ist die Errichtung einer Grabstätte mit stehendem und liegendem Grabmal. Ausnahmen hiervon können von der Friedhofsverwaltung genehmigt werden.
- (4) An dem Grabmal ist die Grabnummer sichtbar und dauerhaft anzubringen.

§ 5 Stehende Grabmale

- (1) Als stehende Grabmale werden Grabsteine in Breit- oder Hochformat, Stelen, Säulen, Findlinge, Kreuze und Ähnliches bezeichnet.
- (2) Aus Gründen der Standsicherheit muss das stehende Grabmal folgende Mindeststärken aufweisen:



- a) Grabmale ab 40 cm bis 100 cm Höhe: 16 cm Stärke
- b) Grabmale ab 100 cm Höhe: 18 cm Stärke
- (3) Die Breite eines stehenden Grabmales darf bei
 - a) einem Reihen- oder Wahlgrab (vierstellig) bis 140 cm,
 - b) einem Reihen- oder Wahlgrab (zweistellig) bis 90 cm mit Ausnahme der Abt. 27 u. 33 bis 70 cm
 - c) einem Urnengrab bis zu 60 cmbetragen
- (4) Die Höhe eines stehenden Grabmales darf bei
 - a) einem Wahlgrab (vierstellig) bis zu 150 cm,
 - b) einem Wahlgrab (zweistellig) bis zu 150 cm,
 - c) einem Urnengrab bis zu 80 cmbetragen. Die Höhe des Grabmales bemisst sich ab Oberkante des Zwischenweges oder der Grabbegrenzungsplatten.
- (5) Für Abweichungen in begründeten Einzelfällen ist eine schriftliche Ausnahmegenehmigung der Friedhofsverwaltung rechtzeitig vorher zu beantragen.

§ 6

Liegende Grabmale

- (1) Als liegende Grabmale werden Grabsteine bezeichnet, die in Form von Platten die Grabstätten abdecken.
- (2) Die Abmessungen eines liegenden Grabmales dürfen bestimmte Maße nach Länge und Breite nicht überschreiten. Diese Größenangaben sind auf den städtischen Friedhöfen sowie deren Abteilungen unterschiedlich geregelt; die jeweils gültigen Maße hierzu liegen der Friedhofsverwaltung entsprechend vor und können im Bedarfsfall erfragt werden.

§ 7

Schriftplatten und Teilabdeckungen

- (1) Schriftplatten sind kleinere Tafeln, die auf Grabstätten meist in liegender Form angebracht werden, um Namen und Daten von Verstorbenen aufzunehmen.
- (2) Teilabdeckungen sind Abdeckplatten innerhalb der Grabeinfassung, die zum Gesamterscheinungsbild der Grabstätte passen. Hierzu zählen z. B. auch Platten, die zum Befestigen von Lampen, Weihwassergefäßen o. ä. oder zum Stellen von Pflanzschalen dienen.

§ 8

Stehende Einfassungen

- (1) Als stehende Einfassungen werden allseitige Umfassungen von Grabstätten bezeichnet, die über die Oberfläche der Grabumgebung herausragen und nicht als Wegeplatten dienen.
- (2) Die Größe der Einfassungen richtet sich nach der gewachsenen Struktur der jeweiligen Gruppen. Die Mindeststärke auf Reihen- und Wahlgräbern muss 10 cm und auf Urnengräbern 5 cm betragen. Ausnahme bei wellenartiger Einfassung Stärke 15 cm.

§ 9

Grabbegrenzungsplatten

- (1) Als Grabbegrenzungsplatten werden allseitige Umfassungen von Grabstätten bezeichnet, die ebenerdig um die Grabstätte verlegt sind.
- (2) Grabbegrenzungsplatten sind nur dort zugelassen, wo sie schon verlegt wurden. Sie dürfen nicht aus geschliffenem und poliertem Material gefertigt sein und müssen eine raue Oberfläche aufweisen.
- (3) Die Breite der Grabbegrenzungsplatten richtet sich nach der Größe der Grabstätte und ihrem Umfeld. Sie muss auf allen Seiten mindestens 20 cm, höchstens 50 cm betragen.
- (4) Für Grabbegrenzungsplatten, die zu Grabstätten gehören und von den Nutzungsberechtigten verlegt wurden, liegt die Verkehrssicherungspflicht bei den Nutzungsberechtigten. Diese haben die vorhandenen Platten selbst in regelmäßigen Zeitabständen auf Mangelzustände zu kontrollieren und bei Unfallgefahr die Verkehrssicherheit unverzüglich wiederherzustellen.

§ 10

Abweichungen

- (1) Falls es die Würde des Friedhofs und sein Erscheinungsbild als Grünanlage gebietet oder Gesichtspunkte der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder bestattungstechnische Notwendigkeiten es erfordern oder nicht entgegenstehen, können im Einzelfall von den vorstehenden Vorschriften und Abmessungen abweichende Grabstätten vorgeschrieben oder bewilligt werden.

Stadt Forchheim
Forchheim, 15.12.2021

Dr. Uwe Kirschstein
Oberbürgermeister